

Felix Butschek

Wirtschaftschronik

III. Quartal 1995

Das Sommerquartal ist durch die Senkung der Leitzinsen durch die Notenbanken gekennzeichnet. Nach zögerndem Beginn setzt sich diese Tendenz im August durch.

6 Juli: Die französische Regierung erhöht mit 1. August den Mehrwertsteuersatz von 18,6% auf 20%

Die Federal Reserve Bank senkt den Satz für Taggeld um $\frac{1}{4}$ Prozentpunkt auf 5 $\frac{3}{4}$ %. Es ist dies die erste Zinssenkung

zeichnerstaaten. Die Vereinbarung gilt vorerst ab August 1996 für 17 Monate.

11 August: Das italienische Parlament verabschiedet die von der Regierung Dini ausgearbeitete Pensionsreform. Die Altersrenten werden verringert und erfordern längere Versicherungszeiten.

19 August: Das deutsche Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe erklärt die Ungleichheit in der Besteuerung von Immobilien- und Geldvermögen als verfassungswidrig. Eine Neuregelung wird bis Ende 1996 verlangt. Dadurch ergibt sich in Deutschland die Notwendigkeit, die seit rund 20 Jahren unveränderten Einheitswerte zu ändern.

21 August: Polen, Ungarn, die Slowakei und Tschechien, die vier Unterzeichner des mitteleuropäischen Freihandelsabkommens (CEFTA), beschließen, den Freihandel für die meisten Industriegüter bereits 1997, ein Jahr früher als vorgesehen, zu realisieren.

25 August: Die Deutsche Bundesbank senkt den Diskontsatz um $\frac{1}{2}$ Prozentpunkt auf 3 $\frac{1}{2}$ % sowie den Lombardsatz im gleichen Ausmaß auf 5 $\frac{1}{2}$ %. Auch in Belgien, Dänemark und den Niederlanden werden die Leitzinsen verringert.

30 September: Die Verkehrsminister der EU einigen sich mehrheitlich auf neue Maße für Lastkraftwagen: Diese dürfen ab 1996 2,55 m statt bisher 2,50 m breit sein. Die höchstzulässige Länge wird von 18,35 m auf 18,75 m erweitert. Österreich lehnt als einziges Land diese Neuregelung ab und wird überstimmt.

Im deutschen Baugewerbe einigen sich die Tarifvertragsparteien auf ein neues Lohnzahlungsmodell. Ab 1996 erhalten die deutschen Bauarbeiter einen gleichmäßig auf die Monate verteilten, garantierten Jahreslohn. Basis dafür geben 152 Arbeitsstunden pro Monat ab. Während eines achtmonatigen Ausgleichszeitraums werden jeweils mindestens 125 Stunden gearbeitet.

Ausland

der Notenbank der USA seit 1992. Der Diskontsatz bleibt jedoch unverändert.

13 Juli: Der Zentralbankrat der Deutschen Bundesbank läßt auf seiner letzten Sitzung vor der Sommerpause Diskontsatz und Lombardsatz unverändert, lediglich der Mindestreservesatz der Banken wird für Giroeinlagen von 5% auf 2% sowie für Spareinlagen von 2% auf 1,5% gesenkt. Dagegen reduziert die Schweizerische Nationalbank den Diskontsatz um 0,5 Prozentpunkte auf 2,5%.

19 Juli: Die EU-Kommissarin Wulf-Mathies bestätigt die Warnung der EU-Finanzminister, für Länder, die keine Fortschritte in Richtung Einhaltung der Konvergenzkriterien machten, würden die Mittel aus dem Kohäsionsfonds gesperrt. Davon wären Griechenland, Portugal und Spanien betroffen.

24 Juli: Die italienische Abgeordnetenkammer beschließt ein Gesetz zur Schaffung einer Kontrollbehörde, welche künftig die Preispolitik der privatisierten Versorgungs- und Dienstleistungsunternehmen überwachen soll.

Die EU will die verpflichtenden Flächenstilllegungen in ihren Mitgliedsländern ab dem Vermarktungsjahr 1996/97 von derzeit 12% auf 10% reduzieren. Maßgebend für diesen Beschluß war eine Prognose, die eine höhere Getreideproduktion als notwendig erachtete.

26 Juli: Tschechiens Regierung gibt nach zweijähriger staatlicher Regulierung die Löhne wieder frei.

30 Juli: Auf Beschluß der slowenischen Regierung wird der Tolar mit 1. September konvertierbar.

31 Juli: 90 Industrienationen treffen im Rahmen der Welt handelsorganisation (WTO) ein Abkommen über die Liberalisierung der Finanzdienstleistungen. Danach haben ausländische Banken, Versicherungen und Wertpapierhäuser freien Zugang zu den Finanzmärkten der Unter-

Österreich

15 Juli: Eine Studie des Investmenthauses J. P. Morgan aus den USA bewertet die Creditanstalt mit einem Betrag zwischen 17,5 Mrd. S und 18,7 Mrd. S. Dem steht als einzi-

ges Kaufangebot jenes eines deutsch-italienisch-österreichischen Konsortiums von 9 Mrd. S für zwei Drittel der im Bundesbesitz befindlichen CA-Aktien gegenüber.

27. Juli: Nachdem die EU eine Förderung in der Höhe von 210 Mill. S genehmigt hat, realisiert die Opel-Konzern-

Die Oesterreichische Nationalbank folgt der internationalen Entwicklung und verringert in mehreren Schritten die Leitzinsen. Die Senkung der Mindestreservesätze folgt den Kriterien des Europäischen Währungsinstitutes.

trale in Rüsselsheim den Beschluß, das Werk Aspern auszubauen. Der Opel-Konzern wird in dieses Projekt etwa 5 Mrd. S investieren. Die Inbetriebnahme der neuen Produktionsanlage ist für Ende 1996 geplant. Sie wird 320 Arbeitskräfte benötigen.

28. Juli: Im Rahmen der Vorbereitung zur Schaffung einer Wirtschafts- und Währungsunion hat das Europäische Währungsinstitut Grundzüge eines einheitlichen Mindestreservesystems ausgearbeitet. Zur Angleichung an diese Kriterien beschließt die Oesterreichische Nationalbank, mit 1. September 1995 die Mindestreservesätze für Sichteinlagen von 7% auf 5%, für Termin- und Spareinlagen mit einer Laufzeit unter 12 Monaten von 5,5% auf 3%, für längerfristige Termin- und Spareinlagen sowie für eigene Emission unter einer Laufzeit von 24 Monaten von 4% auf 3% zu senken.

2. August: Die EU-Kommission anerkennt die Diplome von österreichischen höheren berufsbildenden Schulen sowie verschiedene Meisterprüfungen als vollwertige Berufsausbildung. Damit wird für die Absolventen einer solchen Ausbildung das entsprechende Berufsfeld auch für die EU anerkannt.

10. August: Der Chrysler-Konzern läßt die Montagestückzahl des Geländewagens Jeep Grand Cherokee in Österreich ab Herbst verdoppeln. Um im Modelljahr 1996 täglich 120 Wagen fertigen zu können, hat das Autowerk Steyr-Daimler-Puch Fahrzeugtechnik in Graz über 300 zusätzliche Arbeitskräfte eingestellt.

12. August: Der Vorstand der HTM-Mutter Austria Tabak, Beppo Mauhart, Günther Hayn und Otto Husinsky, tritt noch vor der AT-Aufsichtsratssitzung zurück. Als interimistische Nachfolger werden Herbert Kornfeld und Jörg Schram bestellt.

Finanzminister Staribacher billigt als Eigentümervertreter das Hilfspaket von 1,5 Mrd. S für HTM.

25. August: Im Gefolge der Zinssenkung der Deutschen Bundesbank reduziert die Oesterreichische Nationalbank den Diskontsatz von 4% auf 3,5% und den Zinssatz für kurzfristige Wertpapiergeschäfte (Gomex) von 4,45% auf 4,35%. Der Lombardsatz bleibt mit 5,25% unverändert. No-

tenbank-Präsident Liebscher fordert die Banken auf, die Leitzinssenkung zu einer Kreditverbilligung zu nutzen.

1. September: Die Oesterreichische Nationalbank verringert den Offenmarktsatz (Gomex) weiter von 4,35% auf 4,25%. Die Maßnahme wird von der Notenbank mit der hohen Liquidität auf dem Geldmarkt begründet.

7. September: Das Land Vorarlberg erwirbt den Bundesanteil an den Illkraftwerken von 70,2% um 3,68 Mrd. S.

Mercedes-Benz und Steyr-Daimler-Puch unterzeichnen einen Vertrag, auf dessen Basis eine Allradversion der neuen Mercedes E-Klasse entwickelt werden soll. Die Serienfertigung wird Ende 1996 anlaufen, jährlich sollen 8.000 Fahrzeuge hergestellt werden. Dadurch werden 400 Arbeitsplätze geschaffen.

8. September: Die Oesterreichische Nationalbank senkt zum zweiten Mal innerhalb weniger Tage den Zinssatz für kurzfristige Offenmarktgeschäfte (Gomex) von 4,25% auf 4,15%. Damit erreicht der Gomex den niedrigsten Stand seit Juli 1988. Dieser Schritt wird als eine rein technische Anpassung an den Geldmarkt bezeichnet.

19. September: Einer Übersicht, welche den Beratungen der EU-Finanzminister vorlag, ist zu entnehmen, daß nur vier EU-Staaten (Spanien, Schweden, Italien und Griechenland) ein höheres Budgetdefizit aufweisen als Österreich, das damit vom 8. auf den 11. Platz der 15 EU-Staaten zurückfällt. Neben Österreich verzeichnen nur die Niederlande und Irland gegenüber 1994 eine steigende Tendenz des Defizits.

Der Pharmakonzern La Roche beginnt mit dem Bau einer neuen pharmazeutischen Produktionsanlage in Linz in Kooperation mit der Chemie Linz. Die Anlage wird von letzterer betrieben werden und schafft 150 Arbeitsplätze.

20. September: Gewerkschaft und Arbeitgebervertreter einigen sich für Arbeiter und Angestellte in der Metallindustrie auf eine Erhöhung der Ist-Löhne mit 1. November um 3,8%, mindestens aber um 650 S. Die Mindestlöhne steigen um 3,8%. Überdies wird eine einmalige Zahlung von 2.500 S vereinbart.

Arbeiter erhalten künftig sofort Anspruch auf Krankengeld und beziehen dieses bis zu sechs Wochen vom Arbeitgeber. Die Normalarbeitszeit kann künftig für einzelne Wochen bis 56 Stunden ausgedehnt werden, ohne daß Anspruch auf Überstundenentgelt entsteht.

22. September: Die Oesterreichische Nationalbank senkt den Gomex-Satz von 4,15% auf 4,05%.

26. September: Das österreichische Tochterunternehmen des größten europäischen PVC-Herstellers European Vinyls Corporation stellt mit Jahresende seine Produktion ein. Für 240 Mitarbeiter wird ein Sozialplan ausgearbeitet.

Abgeschlossen am 10. Oktober 1995